

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,**

zwei turbulente Wochen liegen hinter uns. Insbesondere das unsägliche Verhalten des Chefs des Verfassungsschutzes, **Hans-Georg Maaßen**, der per BILD-Interview Verschwörungstheorien und Halbwahrheiten zu den rechten Ausschreitungen in Chemnitz verbreitet hatte, sorgte in ganz Deutschland für Empörung. Für die SPD war unmittelbar klar, dass ein Verfassungsschutz-Chef, der als Stichwortgeber rechter Verschwörungstheoretiker fungiert, nicht im Amt bleiben kann.

Schnell wuchs sich die Causa Maaßen jedoch zu einer veritablen Krise der Koalition aus. Denn Bundesinnenminister Seehofer sah keine Veranlassung, Maaßen zur Rechenschaft zu ziehen. Im Gegenteil: auf unsere Forderung nach Maaßens Entlassung reagierte Seehofer zunächst mit der Ankündigung, Maaßen sogar zum Staatssekretär im Innenministerium befördern zu wollen. Zugleich wollte er Gunther Adler entlassen, den einzigen SPD-Staatssekretär in seinem Ministerium, der zudem ausgewiesener Bauexperte ist.

Die so verkündete „Lösung“ der Causa Maaßen wirkte für viele SPD-Mitglieder wie ein Schlag ins Gesicht. Schlimm war, dass Andrea Nahles dem Deal zugestimmt hatte – für sie war es am wichtigsten, dass Maaßen nicht länger Chef des Verfassungsschutzes bleiben durfte. Andrea erkannte ihren Fehler allerdings schnell. Und sie nannte ihre Einschätzung auch öffentlich einen Fehler. So viel Selbstkritik ist bei Spitzenpolitikern nicht gerade an der Tagesordnung. Danach hat Andrea Nahles

erfolgreich nachverhandelt. Ergebnis: Maaßen wird als Chef des Verfassungsschutzes abberufen und, bei gleichbleibender Besoldung, ins Innenministerium versetzt. Die Beförderung ist vom Tisch. Genauso wichtig: Gunther Adler bleibt Staatssekretär und wird unsere Wohnraumoffensive weiter an zentraler Stelle verantworten.

Ende gut, alles gut? Nicht ganz. Zwar befürworte ich die am Ende gefundene Lösung. Aber der Weg dorthin hat das Bild der Politik schwer beschädigt. Dabei ist auch die Schwäche der Kanzlerin deutlich geworden, die es offenbar nicht schafft, ihre Richtlinienkompetenz gegenüber allen Kabinettsmitgliedern durchzusetzen. Die Quittung hat sie bei der Wahl des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion bekommen: Volker Kauder, einer ihrer engsten Vertrauten, hat gegen den (Gütersloher) Abgeordneten Ralph Brinkhaus verloren. Auch bei der CDU/CSU gibt es also kritische Debatten, wenn vielleicht auch nicht immer so laut wie bei der SPD.

Fazit: Wir haben es geschafft, dass der untragbare Präsident des Verfassungsschutzes abberufen wird. Wir haben es auch geschafft, dass sich Seehofer am Ende nicht durchgesetzt hat und der Koalition nicht seinen Willen aufzwingen konnte, sondern er nur im Rahmen seiner Kompetenzen als Innenminister handeln konnte. Dennoch führen wir die Diskussion weiter. Wir dürfen nicht zulassen, dass die SPD von einer bayerischen Regionalpartei nochmals derart in die Bredouille gebracht werden kann. Allerdings werdet ihr in diesem Update erneut sehen: Die SPD liefert – für ein solidarisches Land.

Was hat die SPD in der GroKo erreicht?

Bei aller Berechtigung der öffentlichen Kritik an Maaßen ärgere ich mich, dass die erfolgreiche Arbeit der SPD in der Koalition von solchen Personalquerelen verdeckt wird – und wir selbst zu oft dazu beitragen. Denn wir haben schon jetzt eine Menge erreicht. Hier eine – unvollständige – Liste der Gesetze, die wir schon verabschiedet oder auf den Weg gebracht haben:

- **Gesetz zur „Eine-für-alle-Klage“:** Das Gesetz zur Einführung einer Musterfeststellungsklage ist ein Meilenstein für den Verbraucherschutz in Deutschland. Es eröffnet Verbraucherinnen und Verbrauchern einen schnellen, effektiven und kostengünstigen Weg, ihre Rechte vor Gericht gegen Konzerne geltend zu machen.
- **Gesetz zur Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte:** Bei sogenannten subsidiär Geschützten handelt es sich vor allem um Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien. Im Umfang von monatlich 1.000 Personen ermöglicht die Neuregelung den Nachzug von Ehepartnern und minderjährigen Kindern sowie von Eltern, deren minderjährige Kinder bereits in Deutschland leben.
- **Familienentlastungsgesetz:** Erhöhung des Kindergelds um 10 Euro pro Monat ab Juli 2019. Erhöhung des Kinderfreibetrags und Abbau der kalten Progression. Insgesamt summiert sich die Steuerentlastung auf knapp 10 Milliarden Euro.
- **Gesetz zur Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt** (Beschluss Kabinett KW 29): Insbesondere diejenigen, die schon lange vergeblich nach Arbeit suchen, haben ohne Unterstützung absehbar keine realistische Chance auf einen regulären Arbeitsplatz. Ihnen wird das Teilhabechancengesetz eine neue Perspektive eröffnen und den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ebnen. Dazu schaffen wir einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit individuellen Unterstützungs- und Betreuungsangeboten. Der Bund setzt dafür vier Milliarden Euro ein.
- **Rentenpakt:** Es wird eine doppelte Sicherheitslinie geben, indem zum einen bis zum Jahr 2025 ein Rentenniveau von mindestens 48 Prozent und zum anderen für denselben Zeitraum ein Rentenbeitragssatz von höchstens 20 Prozent garantiert wird. Wir bauen einen Demo-



grafiefonds auf, der die Beitragssatzobergrenze absichert. Der Fonds wird von 2021 bis 2024 mit jährlich 2 Milliarden Euro bestückt. Zudem ist eine deutliche Verbesserung der Erwerbsminderungsrente vorgesehen.

- **Bundshaushalt 2019:** Rekordinvestitionen in Wohnen und Bildung, in Infrastruktur und Digitalisierung sowie in die innere Sicherheit. Keine neuen Schulden.
- **Gute-Kita-Gesetz:** Mit dem Gute-KiTa-Gesetz will der Bund 5,5 Milliarden Euro in den kommenden vier Jahren bis 2022 investieren. Damit werden die Qualität der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung verbessert und gleichzeitig die Kita-Gebühren abgebaut.
- **Qualifizierungschancengesetz:** Öffnung der Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit für alle Beschäftigten – unabhängig von Alter, Betriebsgröße und Ausbildungsstand. Lohnausfall oder Kosten der Weiterbildung werden ersetzt, und das Recht auf Weiterbildungsberatung wird ausgeweitet.
- **Grundgesetzänderung für mehr Bildung, sozialen Wohnungsbau und Nahverkehr:** Wir ermöglichen, dass die Länder mehr Fördermittel vom Bund für Investitionen in Bildungseinrichtungen, in den sozialen Wohnungsbau und in den ÖPNV erhalten können.
- **Gesetz zur Brückenteilzeit:** Wir lösen eine wichtige Forderung aus dem Bundestagswahlkampf ein. Wir wollen eine moderne Arbeitswelt, in der sich die Wünsche und Herausforderungen des Alltags mit dem Beruf vereinbaren lassen. Der Gesetzentwurf zur Brückenteilzeit sieht vor, dass Beschäftigte, die eine Zeit lang in Teilzeit gearbeitet haben, einen Rechtsanspruch darauf haben, wieder zur vorherigen Arbeitszeit zurückzukehren und damit aus der „Teilzeitfalle“ zu entkommen.
- **Pflegepersonalstärkungsgesetz:** Das Gesetz sieht vor, den Krankenhäusern mehr Geld für Pflegepersonal zu geben. Zudem wollen wir 13.000 zusätzliche Pflegekräfte einstellen.
- **Gesetz für die Parität bei den Krankenkassenbeiträgen:** Die Zusatzbeiträge für die Krankenkasse werden künftig je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Das war vorher anders: Arbeitnehmer mussten die Beiträge alleine bezahlen.
- **Zahlreiche Regelungen im Bau- und Mietenbereich (siehe folgendes Kapitel).**

Plenarrede zu den Ergebnissen des Wohngipfels der Bundesregierung



Bei meiner Rede in der Aktuellen Stunde des Bundestags am 26.9.2018 über die Ergebnisse des Wohngipfels. Hier gibt es die Rede online: → <https://dbtq.tv/fvid/7276014>.

Im Schulterschluss zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden ist auf dem Wohngipfel der Bundesregierung am 21. September 2018 eine gemeinsame Wohnraumoffensive vereinbart worden. Begleitend dazu stärken wir die Rechte der Mieterinnen und Mieter. Jeder Akteur steht nun in der Pflicht, zum Gelingen seinen Beitrag zu leisten – das gilt besonders für den Bundesbauminister! Was wurde auf dem Baugipfel beschlossen?

- **Umwandlungsverbote wirksamer gestalten:** Verdrängung von Mieterinnen und Mietern erfolgt häufig durch Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Daher müssen solche Umwandlungen in stark nachgefragten Gebieten erheblich eingeschränkt werden.
- **Bessere Mietspiegel:** Wir werden die gesetzlichen Mindestanforderungen für qualifizierte Mietspiegel überarbeiten. Der Betrachtungszeitraum für die ortsübliche Vergleichsmiete wird von vier auf sechs Jahren erweitert. Das wird zu einer unmittelbaren Absenkung der ortsüblichen Vergleichsmieten führen.
- **Einstieg in das Bestellerprinzip für den Immobilienkauf:** Wer den Auftrag vergibt, soll zahlen. Das muss auch für Immobilienverkäufe gelten. Deshalb strebt die Bundesregierung eine Senkung der Kosten für den Erwerb selbstgenutzten Wohnraums bei den Maklerkosten an. Wir werden darauf achten, dass aus dieser Absichtserklärung eine konkrete Gesetzesmaßnahme wird.
- **Gründung und Stärkung kommunaler Wohnungsbaunternehmen:** Aktuell befinden sich rund 2,3 Millionen Wohnungen im Eigentum von Gemeinden, Städten und Landkreisen. Der Bund wird die Neugründung kommunaler

Wohnungsunternehmen mit Bundesmitteln unterstützen.

- **Wohngeldreform 2020:** Das Wohngeld soll steigen. Eine Wohngeldreform soll das Leistungsniveau und die Reichweite des Wohngeldes stärken.
- **Wohnungsbauprämie:** Der Eigenheimbau schützt vor Altersarmut. Wir werden die Einkommensgrenzen für die Wohnungsbauprämie an die allgemeine Preisentwicklung anpassen und den Prämienatz erhöhen.
- **Novellierung des Baugesetzbuchs:** Wir geben den Kommunen mehr Handlungsspielräume zur Schaffung von Wohnraum an die Hand.
- **Baukostensenkung:** Serielles und modulares Bauen senkt die Baukosten. Das ist eine schnelle, preisgünstige und zugleich qualitätsvolle Antwort auf die wachsende Nachfrage nach Wohnungen. Diese Wohnungen sollen vorzugsweise in großen Städten mit Wohnungseingängen errichtet werden.
- **Abschaffung von „Share Deals“:** Mit rechtlichen Konstruktionen können große Wohnungsunternehmen heute die Grunderwerbsteuer umgehen. Wir werden eine effektive und rechtssichere gesetzliche Regelung umsetzen, um solche missbräuchliche Steuergestaltungen zu beenden.
- **Baulandmobilisierung auf hohem Niveau:** Wir werden weiter verbilligt bundeseigene Grundstücken an Kommunen abgeben, um sie damit in die Lage zu versetzen, rasch bezahlbare Wohnungen bauen zu können. Auch die Länder werden ihre Flächenpotentiale aktivieren, um bezahlbares Wohnen zu sichern. Die Flächen sollen für den preisgünstigen und geförderten Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus hat die Koalition im Rahmen der „Wohnraumoffensive“ bereits viele weitere Maßnahmen beschlossen und auf den Weg gebracht. Darunter die **Stärkung des sozialen Wohnungsbaus** mit 5 Milliarden Euro in dieser Wahlperiode, die **Fortführung der Städtebauförderung** auf Rekordniveau, die **Verbesserung der Mietpreisbremse**, die **Einführung des Baukindergelds**, eine **steuerliche Sonderabschreibungen für den bezahlbaren Mietwohnungsbau** sowie die **verbilligte Abgabe von öffentlichen Liegenschaften** an die Kommunen.

Beckum ist Vorreiter im kommunalen Klimaschutz

Als eine von 41 Städten und Gemeinden in ganz Deutschland wurde Beckum als Masterplan-Kommune ausgewählt. Seit 2016 wird Beckum vom

Bundesumweltministerium mit einer Förderung von knapp 330.000 Euro gefördert. Ziel der Masterplan-Kommunen ist es, den Treibhausgasausstoß bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken und den Energieverbrauch zu halbieren.



Mit dem Klimaschutzmanager der Stadt Beckum, Tobias Illbruck, und der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter, bei der Konferenz "Masterplankommunen: Vorbilder für den Klimaschutz" am 19. September.

Bei einer Veranstaltung des Ministeriums am 19. September habe ich den Klimaschutzmanager der Stadt Beckum, Tobias Illbruck, in Berlin getroffen und über das Konzept der Stadt gesprochen. Der „Masterplan Klimaschutz“ ist in Beckum um drei Handlungsfelder aufgebaut: Nutzung der Abwärme der Beckumer Zementindustrie; klimafreundliche Verkehrsplanung und Mobilität; Sensibilisierung der Beckumerinnen und Beckumer für Klimaschutzthemen durch das Bildungsprogramm „Nachhaltigkeit“. Konkrete Maßnahmen sind neben der Förderung der E-Mobilität durch kostenlose Ladestationen in der Innenstadt, weitere Kon-

zepte wie Car-Sharing oder auch ein flächendeckendes Fahrradverleihsystem. Somit setzt Beckum seine Politik der Energiereduzierung kontinuierlich fort, welche die Stadt schon in der Energiekrise in den 1970er Jahren begonnen hatte.

„Blick hinter die Kulissen der Politik“ – Vanessa Klug als FES-Hospitantin im Bundestag

„Egal ob Teilnahmen an Bundestagssitzungen, Gespräche mit Hauptstadt-Korrespondenten, Treffen mit Staatssekretären oder Termine mit Bundestagsabgeordneten – Langeweile gibt es im Bundestag nicht. Einen Monat lang durfte ich über die Journalistenakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung als Hospitantin der SPD-Fraktion Bundespolitik hautnah erleben. Politik in Kombination mit Journalismus – perfekt. Neben dem Rahmenprogramm wurde jeder Teilnehmer einem Abgeordneten zugeteilt, den er begleiten durfte. Denn Gespräche mit Politikern sind schön und gut – sie bei der alltäglichen Arbeit zu begleiten, ist aber noch einmal etwas anderes. Getreu dem Motto der Hospitantz: ‚Blick hinter die Kulissen der Politik.‘

Los ging es mit einer Führung durch das Bundestagslabirynth. Acht Gebäude, teilweise durch Tunnelsysteme verbunden. Schnell war klar: Sich hier zurechtzufinden, wird gar nicht so leicht. Dann ist es Zeit, den Abgeordneten kennenzulernen: Bernhard Daldrup aus dem Wahlkreis Warendorf. Er muss von einem Termin zum anderen, freie Zeit zwischendurch gibt es nicht. Und trotzdem: Auf dem Weg zu den Terminen fand Bernhard Daldrup Zeit für Gespräche mit mir. Überheblichkeit? Fehl-anzeige. Auch bei Treffen mit Schülerinnen und Schülern war er bürgernah und erzählte Anekdoten aus seiner Jugend.



Am 27.9.2018 besuchte mich eine Schülergruppe des Albertus-Magnus-Gymnasiums in Beckum. In dieser Stadt war ich selber viele Jahre beruflich aktiv. Wir haben über die aktuelle politische Lage und die Arbeit des Bundestages gesprochen.

Zurück zum Rahmenprogramm: Schon in der ersten Woche stand eine Teilnahme an einer Regierungspressekonferenz auf dem Plan. Pressesprecher stellten sich den Fragen der Journalisten – wie man es aus dem Fernsehen kennt. Live dabei zu sein war dann aber doch etwas Besonderes. Anschließend blieb auch noch genügend Zeit für Fragen zu den Abläufen und der Arbeitsweise der Konferenz. Auch in die Studios von ARD und ZDF bekamen wir Einblicke. Wann wird wo was gefilmt? Wie ist der Umgang mit der AfD? Was macht die Arbeit im politischen Berlin so spannend? Die Journalisten standen uns Rede und Antwort.

Bei dem ganzen Programm ist der Monat in Windeseile vergangen. Was bleibt, sind unvergessliche Erinnerungen und viele neue Eindrücke über Politik und Journalismus in Berlin.“

Parlamentarischer Abend beim Sozialverband Deutschland



Zu Besuch beim Parlamentarischen Abend des SoVD am 27. September. Mit dem SoVD-Präsidenten Adolf Bauer und meiner Fraktionskollegin Sabine Dittmar MdB.

Das Motto des Parlamentarischen Abends beim Sozialverband Deutschland am 27. September in Berlin lautete „Gutes Wohnen. Überall. Für alle.“ Gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Sabine Dittmar habe ich mit dem Präsidenten des SoVD, Adolf Bauer, darüber gesprochen, wie wir dieses Ziel erreichen können.

Diesel-Nachrüstung

Millionen Autofahrer sind von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge bedroht, weil die Fahrzeuge mehr Schadstoffe ausstoßen, als in den Städten erlaubt ist. Deshalb muss die technische Nachrüstung bei allen Dieselfahrzeugen kommen, bei denen es technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Ansonsten sinkt das Vertrauen der Verbraucher in den Diesel weiter und Arbeitsplätze werden gefährdet. Der Bundesverkehrsminister muss nun endlich handeln, damit Tausende von Pendlerin-

nen und Pendler weiter in die Städte fahren können und das Vertrauen in Autos *made in Germany* wieder wächst.

AG Kommunalpolitik



Mit den Vorsitzenden und Referenten der AG Kommunalpolitik am 27.9.2018 zum Thema „Sozialer Arbeitsmarkt“. Foto v.l.: Andreas Schwarz MdB, Birgit Ryglewski MdB, Annette Kramme MdB (Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales), Elisabeth Kaiser MdB und Birgit Zoerner (Stadträtin für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Stadt Dortmund).

Im Juli hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt beschlossen, voraussichtlich im Oktober beginnen die parlamentarischen Beratungen. Hubertus Heil hat mit dem Gesetzesentwurf ein sozialdemokratisches Herzensanliegen realisiert. Denn obwohl die Lage am Arbeitsmarkt so gut wie lange nicht mehr ist, profitieren nicht alle davon. Insbesondere diejenigen, die schon lange vergeblich nach Arbeit suchen, haben ohne Unterstützung absehbar keine realistische Chance auf einen regulären Arbeitsplatz. Ihnen wird das Teilhabechancengesetz eine neue Perspektive eröffnen und den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ebnen. Dazu schaffen wir einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit individueller Unterstützung und Betreuung. Über diesen „sozialen Arbeitsmarkt“ hat die AG-Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion unter meiner Leitung am 27.9.2018 diskutiert.

„Auf einmal mitten drin“ – Praktikant Jonas Jütting im Bundestag

„Ich heiße Jonas Jütting, bin 20 Jahre alt und absolviere einen Doppelstudiengang ‚Europäische und internationale Governance‘ an der Westfälischen Universität in Münster sowie der Partnerschule in Frankreich, der Sciencespo in Lille. Ich bin zweisprachig in einer Vorstadt von Paris aufgewachsen und verfolge mit großem Interesse deutsche Bundespolitik.“



Jonas Jütting und Bernhard Daldrup am 28.9. im Bundestag.

Bei Bernhard Daldrup habe ich mich beworben, da er für wichtige und spannende Themen zuständig ist, zum Beispiel für das Wohnen, welches für mich eine der wichtigsten sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts ist. Einen Monat konnte ich nun die Arbeit von Bernhard unterstützen, drei Wochen in Ahlen im Wahlkreisbüro und eine Woche in Berlin im Bundestagsbüro. Gestaut habe ich, als ich am ersten Tag den Kalender von Bernhard gesehen habe, welcher bis Ende des Jahres ziemlich ausgebucht ist. Einige seiner Termine durfte ich vorbereiten, beispielsweise eine Veranstaltung im Wahlkreis in Beckum zum Dieselskandal mit der ehemaligen Umweltbundesministerin Barbara Hendricks. Spannend war das Praktikum auch deshalb, weil man mitbekommt, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt.

„In Berlin hatte ich eine sehr intensive Woche, wo ich Bernhard bei seiner Arbeit als Parlamentarier in verschiedene Arbeitsgruppen und Ausschüssen begleiten durfte. Ich habe Bernhard als sehr aktiven Bundestagsabgeordneten erlebt, der seine Positionen mit Leidenschaft gegenüber dem politischen Gegner verteidigt. Eine Sache hat mich besonders beeindruckt: das Thema Verantwortung. Besonders als Abgeordneter einer Regierungspartei muss man die Entscheidungen der Bundesregierung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern rechtfertigen und erklären können – darunter manchmal auch schwierige Sachverhalte, die nicht immer zu hundert Prozent den eigenen Vorstellungen entsprechen.“

Fragen, Anregungen, Kritik? Meldet Euch. Ihr wisst, wie es geht.

Euer

Bernhard Daldrup